

s.C.41.Su.111.0. - TE/pe

Bern, den 7. April 1977

an	/								
Datum									18.4.
Von	/								pe
EFD									
Ref.	p.B.15.29.Su.(9)								

S C H W E D E N

Wirtschaftliche, monetäre und soziale Aspekte

1. Wirtschaft und Währung

Noch bis zum letzten Jahr wurde - z.B. in OECD-Kreisen - die antizyklische Wirtschaftspolitik als "Modell" hingestellt: eine dauernde Belebung der Binnennachfrage durch anhaltende Lohn- und Preissteigerungen, Finanzierung der Produktion auf Lager und aktive Investitionsförderung sollten die ausfallende Auslandnachfrage wettmachen. Es machte damit den Anschein, dass Schweden die Rezession besser zu überwinden in der Lage war als die meisten übrigen Industriestaaten. Eine relativ hohe Inflationsrate (10 %) und eine zunehmende Auslandverschuldung wurden dabei in Kauf genommen.

Es scheint nun doch, dass die Ueberbrückungszeit bis zu einem merklichen internationalen Wiederaufschwung allzu lange dauert und die expansive Wirtschaftspolitik nicht mehr länger im gleichen Ausmass durchgehalten werden kann. In der Tat verliert die schwedische Wirtschaft durch die ständigen Kostensteigerungen zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit. Strukturelle Schwierigkeiten, z.B. im Schiffsbau, verschärfen zusätzlich diese Probleme.

Unter diesen Umständen verwundert es nicht, wenn sich 1976 das Handelsbilanzdefizit gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt hat. Auffallend und besorgniserregend ist vor allem die jährliche Zunahme des Ertragsbilanzdefizits: 1974 4 Mia. SKr., 1975 7 Mia. SKr., 1976 10 Mia. SKr., 1977 13 Mia. SKr.



Die Behörden sahen sich deshalb vor kurzem veranlasst, eine Reihe von Massnahmen zu treffen.

a) extern (1.4.1977)

Abwertung um 6 % gegenüber der wichtigsten Währung (DM) im europäischen Währungsverbund. Diese Abwertung erfolgte unter relativ ruhigen Kursverhältnissen und ist aus der Sicht der "Schlange" insofern als positiv zu werten, als auch diese Paritätsänderung (die erste seit vergangem Oktober) das Funktionieren der "Schlange" nicht beeinträchtigt hat.

b) intern (4.4.1977)

Ein Stabilisierungspaket soll die Abwertungseffekte auf dem Binnenmarkt limitieren, die Ansprüche der Gewerkschaften dämpfen und die Staatsfinanzen stärken. Es umfasst im wesentlichen folgende Elemente: allgemeiner Preisstopp bis 1. Juni 1977 mit anschliessender verstärkter Preisüberwachung, Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 %, Einführung einer Investitionsabgabe von 15 % für Vorhaben auf dem Bausektor und Sparmassnahmen der öffentlichen Hand.

2. Soziales

- Wohlfahrtsstaat. Von der nationalen produktiven Wirtschaftsleistung geht ein grösserer Anteil als üblicherweise in den Industrieländern in den öffentlichen Sektor. Die Steuern sind relativ hoch.
- Beschäftigung. Dank der Politik der früheren Regierung konnte die Arbeitslosigkeit bisher auf unter 100'000 Personen beschränkt bleiben (2,2 % der arbeitenden Bevölkerung). Auf die heute sichtbaren wirtschaftlichen Nachteile dieser Politik ist oben hingewiesen worden.

- Fortgeschrittene Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Ein Gesetz, das am 1. Juli 1976 in Kraft getreten ist, ermächtigt die Arbeitnehmer, in den Unternehmungen mit mehr als 25 Beschäftigten, zwei Verwaltungsratsmitglieder aus den Betriebsangehörigen zu stellen, wobei diese Verwaltungsräte den übrigen praktisch gleichgestellt werden.

Ein weiteres Gesetz, das am 1. Januar 1977 in Kraft trat, vermittelt eine Basis, auf der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen Verhandlungen aufnehmen können im Hinblick auf eine intensivere Zusammenarbeit in Fragen wie Unternehmensleitung, Investitionsplanung, Erwerb anderer Unternehmungen etc. .

Bilaterale Fragen SCHWEIZ-SCHWEDEN

(Neufassung unseres Papiers von anfangs Mai 1976)

- Es bestehen keine schwerwiegenden hängigen Probleme. Beide Länder verfügen über ähnliche Strukturen und einen hohen Entwicklungsstand.

<u>Warenverkehr</u>	<u>1974</u>	<u>1975</u>	<u>1976</u>
	in Mio. Fr.		
Schweizerische Einfuhren	1'190	934	877
Schweizerische Ausfuhren	1'056	1'096	1'055

Das schweizerische Handelsdefizit seit 1969 konnte 1975 erstmals in ein Aktivum verwandelt werden, nicht zuletzt infolge der stärkeren Rezession bei uns.

Haupteinfuhren der Schweiz: Papiermasse, Papier, Automobile, Eisen und Stahl, Maschinen und Apparate.

Hauptausfuhren der Schweiz: Maschinen und Apparate, Medikamente, Uhren und Instrumente, Textilwaren, Aluminium.

- Investitionen: Die schweizerischen Investitionen in Schweden beliefen sich 1976 auf 50 Mio. SKr. und waren damit um zwei Drittel höher als im Vorjahr.
- Wirtschaftsrat: Seit 1969 besteht in Stockholm ein "Schweizerischer Wirtschaftsrat", eine Art Handelskammer zur Förderung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen. Im Januar 1977 wurde in Basel ein Zweigsekretariat eröffnet.
- Kapitalverkehr: Unser Kapitalexport nach Schweden (Anleihen, Notes) ist ausserordentlich hoch.

1975	ca. 1'650 Mio. Fr.
1976	ca. 1'475 Mio. Fr.
1977 (Jan.-März)	ca. 194 Mio. Fr.

- 5 -

- Steuerfragen: Es besteht ein Abkommen vom 7. Mai 1965 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern von Einkommen und Vermögen, sowie ein Abkommen vom 16. Oktober 1948 zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet Erbschaftssteuern. Im vergangenen Jahr wurden Verhandlungen über die Revision dieses letztern Abkommens aufgenommen und praktisch zum Abschluss geführt.
- Versicherungen: keine Probleme.
- Wechselkursentwicklung: Der SFr. hat sich gegenüber der SKr. seit 1971 um rund 40 % aufgewertet.
- Staatsanwalt Rosenberg / Affäre Bonnier: In einem Prozess gegen das schwedische Verlagsunternehmen Bonnier, dem die Gründung von fiktiven Firmen in der Schweiz und in Liechtenstein zum Umgehung der schwedischen Devisen- und Steuergesetze vorgeworfen wird, soll der schwedische Staatsanwalt, Torsten Rosenberg, es als "Schandfleck" bezeichnet haben, dass solche Dinge in Europa vorkommen, und dabei neben Liechtenstein auch die Schweiz genannt haben. Unsere Botschaft in Stockholm klärt die genauen Umstände ab.